



Glossar

Friedenseinsätze

Your Gateway to Peace Operations

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wir freuen uns, Ihnen hiermit die zweite, aktualisierte Auflage unseres Nachschlagewerks zu internationalen Friedenseinsätzen an die Hand geben zu können.

Das ZIF-Glossar stellt 30 zentrale Begriffe und Konzepte aus den Bereichen Friedenseinsätze und Krisenmanagement kompakt und anschaulich vor. Veränderungen in diesem Feld seit der Erstausgabe 2010 wird durch neue Begriffe wie *Mediation* oder *vernetztes Handeln* Rechnung getragen. Graphiken und Bilder ergänzen die kurzen Texte.

Internationale Friedenseinsätze der Vereinten Nationen (UN), der Europäischen Union (EU) im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und weiterer Regionalorganisationen sind ein Standardinstrument der internationalen Beziehungen geworden.

Sie kommen zum Einsatz, um Konflikte zu verhindern, zu deeskalieren, einen Waffenstillstand zu sichern oder nachhaltig Frieden zu schaffen.

Die konzeptionelle Weiterentwicklung von Friedenseinsätzen und der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ist eine Herausforderung, der wir uns im ZIF weiter stellen.

Mit dem ZIF-Glossar sind Sie immer gut informiert – es passt in jede Jacken- oder Handtasche.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Dr. Almut Wieland-Karimi

Direktorin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze

Brahimi-Bericht	
<i>Brahimi Report</i>	6
DPA	7
<i>Department of Political Affairs (DPA)</i>	
DPKO/DFS	
<i>Department of Peacekeeping Operations (DPKO)</i>	
<i>Department of Field Support (DFS)</i>	8
Einsatzregeln	
<i>Rules of Engagement (RoE)</i>	10
Exekutives Mandat/Übergangsverwaltung	
<i>Executive Mandate/ Transitional Administration</i>	11
Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration	
<i>Disarmament, Demobilization, and Reintegration (DDR)</i>	12
Exitstrategie/ Abzugsstrategie	
<i>Exit Strategy</i>	14
Friedensdurchsetzung	
<i>Peace Enforcement</i>	16
Friedenseinsätze/Peacekeeping	
<i>Peace Operations/ Peacekeeping</i>	18
Friedenskonsolidierung	
<i>Peacebuilding</i>	20
Gendarmerie/ Geschlossene Polizeieinheiten	
<i>Formed Police Units (FPUs)</i>	22
GSVP-Missionen	
<i>CSDP Missions</i>	24
Integrierte Mission	
<i>Integrated Mission</i>	26
Kapitel VI und VII der UN-Charta	
<i>Chapters VI and VII of the UN Charter</i>	28
Local Ownership	
<i>Local Ownership</i>	30
Mediation und Mediationsunterstützung	
<i>Mediation and Mediation Support</i>	31

Peacekeeping-Partnerschaften	
<i>Peacekeeping Partnerships</i>	32
Petersberg-Aufgaben	
<i>Petersberg Tasks</i>	34
Prinzipien der UN-Friedenseinsätze	
<i>UN Peacekeeping Principles</i>	35
Polizei in Friedenseinsätzen	
<i>Police in Peace Operations</i>	36
Reform von Friedenseinsätzen	
<i>Peacekeeping Reform</i>	37
Rechtsstaatlichkeit	
<i>Rule of Law (RoL)</i>	38
Robuste Friedenseinsätze	
<i>Robust Peacekeeping</i>	40
Schutz der Zivilbevölkerung	
<i>Protection of Civilians (PoC)</i>	42
Schutzverantwortung	
<i>Responsibility to Protect (RtoP oder R2P)</i>	43
Sicherheitssektorreform	
<i>Security Sector Reform (SSR)</i>	44
Truppenstatut/Missionsstatut	
<i>Status of Forces/Mission Agreement (SOFA/SOMA)</i>	45
Überlastung der Friedenssicherung	
<i>Peacekeeping Overstretch</i>	46
Vernetztes Handeln	
<i>Comprehensive Approach</i>	47
Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ)	
<i>Civil-Military Cooperation (CIMIC)</i>	48
Abkürzungsverzeichnis	50
Quellenverzeichnis	60

Brahimi-Bericht

Brahimi Report

6

Der Brahimi-Bericht („Report of the Panel on United Nations Peacekeeping Operations“) ist bis dato die umfassendste Analyse von Schwachstellen und Reformbedarf von ➞ *Friedenseinsätzen* der UN. Er wurde 2000 im Auftrag der UN von einem Expertengremium erarbeitet und nach seinem Vorsitzenden, dem früheren algerischen Außenminister Lakhdar Brahimi, benannt. Seine Empfehlungen bildeten den Ausgangspunkt eines UN-internen Reformprozesses für Friedenseinsätze.

Weiterführende Links und Literatur

UN (2000): Brahimi Report (A/55/305-S/2000/809)

UN (2006): Resolution A/60/696 der Generalversammlung (Abschnitt II: Peace Operations 2010)

UN DPKO (2009): A New Partnership Agenda: Charting a New Horizon for UN Peacekeeping

Die UN-Hauptabteilung für Politische Angelegenheiten trägt durch diplomatische Maßnahmen, Vermittlung und politische Missionen zur Friedensschaffung bei. Das DPA führt derzeit elf politische Missionen in Afrika, Asien und dem Nahen Osten durch. Diese verfolgen das Ziel, Konflikte auf politischem Weg zu lösen – häufig werden sie auch im Vorfeld oder nach der Beendigung von Friedenseinsätzen entsandt. Die Zustimmung der Konfliktparteien ist Voraussetzung für diese Einsätze.

In den letzten Jahren hat sich das DPA verstärkt in dem Bereich der Konfliktvermittlung (→ *Mediation*) engagiert. Seit 2008 verfügt die Hauptabteilung auch über ein Standby-Team von Mediatoren, die bei Vermittlungsbedarf flexibel eingesetzt werden können.

Weiterführende Links und Literatur

Website DPA: www.un.org/wcm/content/site/undpa/main

DPKO/DFS

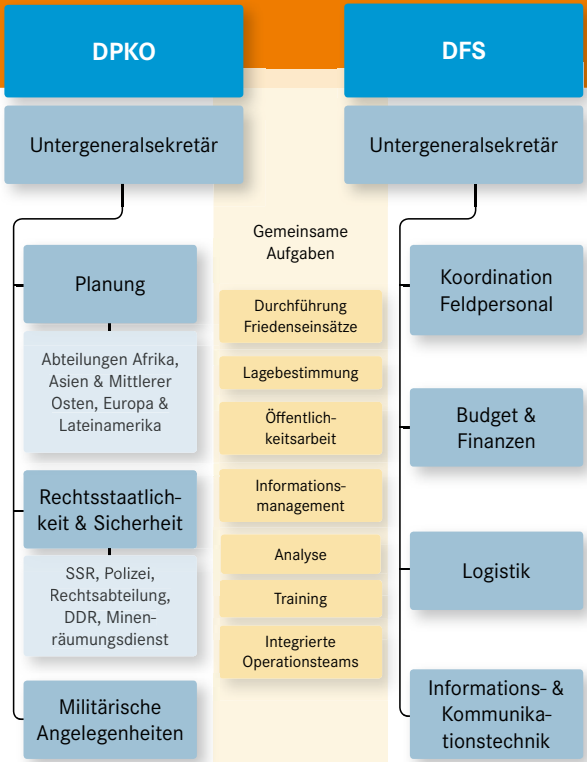
**Department of Peacekeeping Operations (DPKO)/
Department of Field Support (DFS)**

Für die Planung und Führung aller UN-Friedenseinsätze war seit 1992 die UN-Hauptabteilung für Friedenssicherungseinsätze (DPKO) zuständig. Im Juni 2007 wurde das DPKO geteilt, um dem erhöhten administrativen Aufwand der immer komplexeren Einsätze gerecht zu werden. Die Hauptabteilung zur Unterstützung von Feldeinsätzen (DFS) ist zuständig für Logistik, Finanzen und Personal, während Strategieentwicklung, Einsatzplanung und Leitung der UN-Feldmissionen bei DPKO verblieben. Beide Hauptabteilungen leitet je ein Untergeneralsekretär¹.

¹ Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form benutzt. Es können dabei aber sowohl weibliche als auch männliche Personen gemeint sein.

Weiterführende Links und Literatur

Website DPKO/DFS: www.un.org/en/peacekeeping



Einsatzregeln

Rules of Engagement (RoE)

10



Die Einsatzregeln bestimmen den Rahmen für das Vorgehen der militärischen Komponente eines ➞ *Friedenseinsatzes*. Sie legen insbesondere

fest, unter welchen Bedingungen Gewalt angewendet werden darf. Die Erstellung der Einsatzregeln für eine Mission erfolgt in enger Abstimmung zwischen der entsendenden Organisation (UN, EU, NATO etc.), den truppenstellenden Staaten (Troop Contributing Countries, TCC) und dem Einsatzland. Die verschiedenen Organisationen verfügen jeweils über einen eigenen Regelkatalog, an dem sich die für jeden Einsatz neu zu erstellenden RoE orientieren.

Exekutives Mandat/ Übergangsverwaltung

Executive Mandate/Transitional Administration

11

→ *Friedenseinsätze* mit exekutivem Mandat übernehmen im Einsatzland Regierungsfunktionen und andere hoheitliche Aufgaben – von Flugsicherung bis Zollkontrolle. Ziel einer solchen Übergangsverwaltung ist neben der Erfüllung politischer und administrativer Aufgaben der Aufbau lokaler Strukturen für die Übernahme dieser Funktionen. Der UN-Sicherheitsrat beschloss bisher nur drei derart umfassende Mandate als Reaktion auf den völligen Zusammenbruch lokaler Institutionen:

- UNTAES (UN Transitional Administration for Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium), 1996–1998;
- UNTAET (UN Transitional Administration in East Timor), 1999–2002;
- UNMIK (UN Interim Administration Mission in Kosovo), seit 1999.

Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration

Disarmament, Demobilization, and Reintegration (DDR)

12

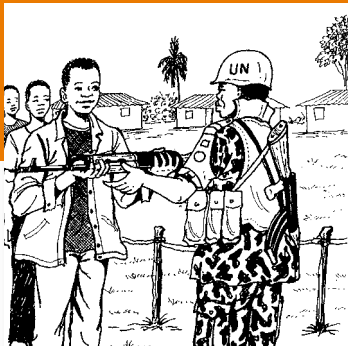
Die Entwaffnung und Demobilisierung von Ex-Kombattanten und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft, kurz DDR, ist Voraussetzung für die Herstellung nachhaltiger Sicherheit nach Ende eines bewaffneten Konflikts. Seit den späten 1990er Jahren gehört DDR zu den Standardaufgaben von multidimensionalen *Friedensein-*

sätzen. Dabei unterstützt die militärische Komponente eines Einsatzes insbesondere die Entwaffnung und Demobilisierung von Ex-Kombattanten. Die Reintegration ist dagegen eine Aufgabe des zivilen Personals in Zusammenarbeit mit lokalen Einrichtungen und Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit (EZ).



Weiterführende Links und Literatur

UN DDR Resource Center: www.unddr.org



**UNMIL WILL RECEIVE YOUR GUN AT
DISARMAMENT SITE.**



**SOME PEOPLE WILL TALK TO YOU TO
FORGET ABOUT FIGHTING AND BE A GOOD
PERSON FOR LIBERIA. YOU WILL CHOOSE
WHICH TRADE YOU WANT TO LEARN.**

Exitstrategie/Abzugsstrategie

Exit Strategy

14

Die Exitstrategie definiert Erfolgsfaktoren („benchmarks“), nach deren Erfüllung ein → *Friedenseinsatz* beendet oder stark reduziert werden kann. Diese Faktoren sollten frühzeitig in Abstimmung zwischen lokalen und internationalen Akteuren festgelegt werden. Obwohl es keine allgemein gültigen Erfolgsfaktoren gibt, benennt die UN eine Reihe von Indikatoren, die Fortschritte in der Friedenskonsolidierung zeigen:

- dauerhaftes Ende von gewalttätigen Konflikten und Menschenrechtsverletzungen;
- erfolgreiche Entwaffnung von Ex-Kombattanten (→ *Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration*);
- Garantie der öffentlichen Sicherheit durch effektive lokale Sicherheitskräfte unter ziviler Kontrolle (→ *Sicherheitssektorreform*);
- Wiederherstellung eines funktionierenden und unabhängigen Justizsystems (→ *Rechtsstaatlichkeit*);
- Rückkehr von Flüchtlingen;
- landesweiter Wiederaufbau des Gesundheits- und Bildungssystems;



- einsetzende wirtschaftliche Erholung;
- Aufbau legitimer staatlicher und politischer Institutionen, u. a. durch das Entstehen einer demokratischen Parteienlandschaft und die erfolgreiche Durchführung von Wahlen.

Weiterführende Links und Literatur

Bericht des UN-Generalsekretärs (2001): No exit without strategy (S/2001/394)

Friedensdurchsetzung

Peace Enforcement

16

Friedensdurchsetzung bedeutet die Anwendung von militärischen Zwangsmaßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens auf der Grundlage einer Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat. Zwangsmaßnahmen regelt das Kapitel VII der UN-Charta (→ *UN-Charta: Kapitel VI und VII*). Zur Autorisierung muss der Sicherheitsrat zunächst eine Bedrohung oder einen Bruch des Weltfriedens feststellen (Art. 39 UN-Charta). Die Anwendung der militärischen Zwangsmaßnahmen verlangt nicht die Zustimmung der Hauptkonfliktparteien. Mit der Durchführung militärischer Zwangsmaßnahmen können andere internationale/regionale Organisationen oder Koalitionen von Mitgliedstaaten („coalition of the willing“) beauftragt werden. Beispiele sind die Zwangsmaßnahmen gegen Nordkorea (1950), gegen Irak (1990) und zuletzt gegen Libyen (2011).



Friedenseinsätze/ Peacekeeping

Peace Operations/Peacekeeping

18

Der Begriff „Peacekeeping“ wurde zunächst für die Entsendung unbewaffneter Militärbeobachter oder leicht bewaffneter „Blauhelme“ zur Sicherung eines Waffenstillstandes oder Friedensabkommens verwendet. Dieses wohl bekannteste Instrument der UN-Friedenssicherung ist nicht in der Charta vorgesehen, sondern entstand aus der Praxis. Präzedenzfall war die Blauhelmtruppe UNEF, die 1956 im Zuge der Suezkrise entsandt wurde. Seither hat sich dieses Instrument quantitativ und qualitativ verändert:

- wachsender Kreis von Akteuren (neben UN auch EU, NATO, OSZE, AU);
- militärische, polizeiliche und zivile Elemente/Experten in unterschiedlicher Zusammensetzung;
- größere Bandbreite von Aufgaben;
- stärker spezialisiertes Personal.

Um dem Rechnung zu tragen – und in Abgrenzung zum traditionellen Peacekeeping – wird heute oft der Begriff Friedenseinsätze („Peace Operations“) verwendet.

Wandel des Peacekeeping – „Generationen“ der Friedenssicherung

Generation	typische Aufgaben	Personal
1. Generation: „Traditionelles Peacekeeping“ (ab 1948)	statische Überwachung von Friedens- und Waffen- stillstandsabkommen Bildung einer Pufferzone zwischen den Konfliktparteien	überwiegend unbewaffnete Militärbeob- achter oder leicht bewaff- nete Truppen
2. Generation: „Multidimen- sionales Peacekeeping“ (ab Ende der 1980er Jahre)	Etablierung einer vorüber- gehenden Sicherheitspräsenz Gleichzeitige Bearbeitung der Konfliktursachen, z. B. durch Unterstützung von: → <i>DDR</i> , → <i>SSR</i> , → <i>Rechtsstaatlichkeit</i> und Wahlen	Militär, Polizei, Zivilpersonal
3. Generation: „Robustes Peacekeeping“ (seit Beginn der 1990er Jahre)	Aufgaben wie 2. Generation zusätzlich die Erlaubnis zur Anwendung von Gewalt zur Verteidigung des Mandats (→ <i>Robuste Friedenseinsätze</i>)	Militär, Polizei, Zivilpersonal
4. Generation: (seit 1992)	Aufgaben wie 3. Generation zusätzlich zeitweise Über- nahme exekutiver Aufgaben (→ <i>Exekutives Mandat</i>)	Militär, Polizei, Zivilpersonal

Weiterführende Links und Literatur

UN DPKO (2008): Capstone Doctrine – United Nations Peacekeeping Operations Principles and Guidelines

Friedenskonsolidierung

Peacebuilding

20

Post-Konfliktgesellschaften sind stark rückfallgefährdet. Für Maßnahmen, die den Frieden festigen und ein Wiederaufflammen von Gewalt verhindern sollen, prägte Boutros Boutros-Ghali 1992 in der „Agenda für den Frieden“ den Begriff des „post-conflict peacebuilding“, die Friedenskonsolidierung. Peacebuilding muss nach Ende eines gewalttätigen Konflikts möglichst früh einsetzen. In modernen Friedenseinsätzen sind deshalb Maßnahmen zur Friedenssicherung (Peacekeeping) mit Elementen der Friedenskonsolidierung (Peacebuilding) verbunden. Dieser äußerst vielschichtige und langwierige Prozess verlangt neben einem koordinierten Handeln der internationalen Akteure die frühe Beteiligung lokaler Partner (→ *Local Ownership*). Zur besseren Koordination der Akteure und für die Absicherung der Finanzierung von Peacebuilding-Prozessen gründete die UN im Jahr 2005 die Kommission für Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Commission, PBC).

Prioritäre Aufgaben des Peacebuilding

Unterstützung lokaler Akteure bei der Herstellung von Sicherheit (→ *Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration*, → *Sicherheitssektorreform*, → *Rechtsstaatlichkeit*);

Unterstützung politischer Prozesse zur Konfliktbeilegung, u. a. durch den Aufbau von demokratischen Strukturen und die Unterstützung von Wahlen und Versöhnungsinitiativen;

Unterstützung des Angebots sozialer Dienstleistungen, u. a. im Gesundheits- und Bildungsbereich;

Unterstützung beim Aufbau staatlicher Kernfunktionen, u. a. in den Bereichen Verwaltung und Finanzen;

Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung, u. a. durch den Wiederaufbau von Infrastruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere für Jugendliche und Ex-Kombattanten.

Nach dem Bericht der PBC und des UN-Generalsekretärs
A/63/881-S/2009/304

Weiterführende Links und Literatur

Bericht des UN-Generalsekretärs (1992): Agenda für den Frieden
(A/47/277-S/24111)

Gendarmerie/Geschlossene Polizeieinheiten

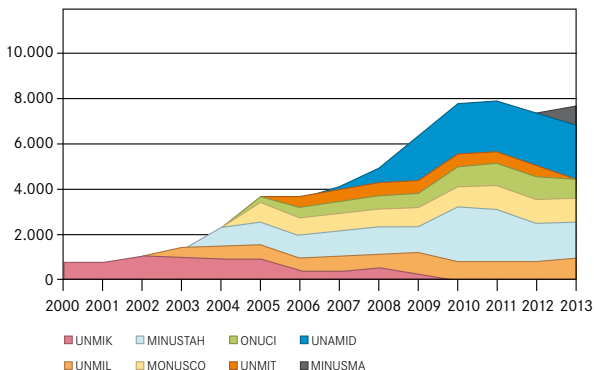
Formed Police Units (FPUs)

22



Geschlossene Polizeieinheiten in Friedenseinsätzen bestehen in der Regel aus etwa 120 Beamten eines personalstellenden Staates, die durch gemeinsames Training und spezielle Ausrüstung in der Lage sind, auf gewalttätige Demonstrationen und Unruhen zu reagieren. Damit wird die Bereitstellung kritischer Fähigkeiten gewährleistet. Zu den Hauptaufgaben von FPU's gehören:

- Schutz von Missionspersonal und -einrichtungen;
- Unterstützung lokaler Polizeikräfte bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit;
- Aufbau lokaler FPU-Kapazitäten (Training, Beratung).



Entwicklung der Anzahl von Polizisten in geschlossenen Polizeieinheiten (FPU) in Friedenseinsätzen der UN von 2000-2013

FPUs wurden erstmals 1999 im Kosovo und in Osttimor eingesetzt. Zwischen 2000 und 2013 hat sich die Zahl der FPUs allein in Einsätzen der UN ver-
siebenfacht. 2013 stellten diese Einheiten erstmals die Hälfte aller entsandten Polizeikräfte.

GSVP Missionen

CSDP Missions

24

Insbesondere die Erfahrungen der Balkankrisen in den 1990er Jahren veranlassten die EU, neue Instrumente für Krisenbewältigung zu entwickeln. Friedenseinsätze der EU sind heute zentraler Bestandteil der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Den Anfang machte 2003 die EU Police Mission in Bosnia and Herzegovina (EUPM). Weitere 29 Einsätze folgten, davon 10 militärische Operationen und 19 zivile Missionen. Mitte 2014 gibt es 16 GSVP-Einsätze – mehr als jemals zuvor.

Weiterführende Links und Literatur

Rat der Europäischen Union (2009): ESDP@10 – European Security and Defence Policy 1999–2009

Aktuelle Informationen zu GSVP-Missionen: www.csdpmap.eu & www.isis-europe.org

seit	Mission	Kurzform
12/2004	EU Military Operation in Bosnia and Herzegovina	EUFOR ALTHEA
05/2005	EU Advisory and Assistance Mission for Security Reform in the Democratic Republic of the Congo	EUSEC RD Congo
11/2005	EU Border Assistance Mission at Rafah Crossing Point	EUBAM RAFAH
01/2006	EU Police Mission in the Palestinian Territories	EUPOL COPPS
06/2007	EU Police Mission in Afghanistan	EUPOL Afghanistan
07/2007	EU Police Mission for the Democratic Republic of the Congo	EUPOL RD Congo
02/2008	EU Rule of Law Mission in Kosovo	EULEX Kosovo
10/2008	EU Monitoring Mission in Georgia	EUMM Georgia
12/2008	EU Naval Operation Against Piracy	EU NAVFOR Atalanta
04/2010	EU Military Mission to Contribute to the Training of Somali Security Forces	EUTM Somalia
08/2012	EU Capacity Building Mission in Niger	EUCAP Sahel Niger
09/2012	EU Mission on Regional Maritime Capacity Building	EUCAP NESTOR
02/2013	EU Training Mission in Mali	EUTM Mali
05/2013	EU Border Assistance Mission in Libya	EUBAM Libya
03/2014	EU Military Operation in the Central African Republic	EUFOR RCA
07/2014	EU Advisory Mission for Civilian Security Sector Reform Ukraine	EUAM Ukraine

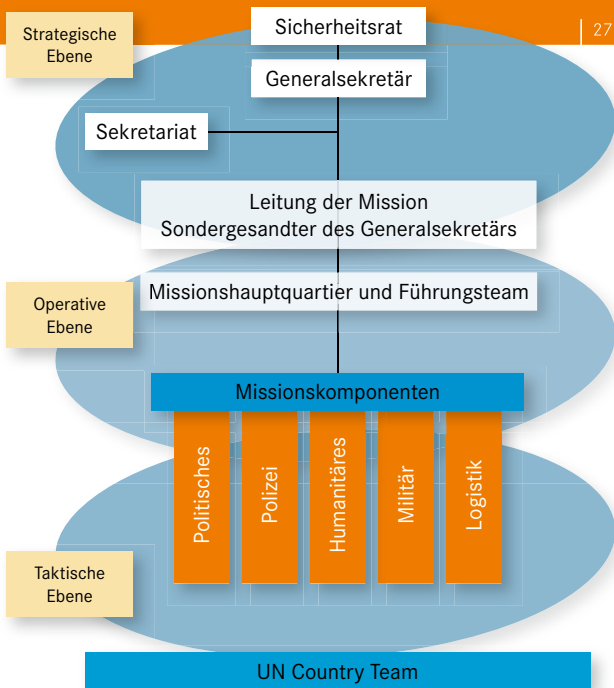
Integrierte Mission

Integrated Mission

Das breite Aufgabenspektrum heutiger UN-Friedenseinsätze erfordert die Zusammenarbeit vieler Akteure. Allein im UN-System gehören hierzu neben der militärischen, polizeilichen und zivilen Komponente der Mission weitere Mitglieder der UN-Familie wie etwa UNICEF, UNDP, WHO, WFP, FAO, UNHCHR, OHCHR oder OCHA – sowie ihre jeweiligen Implementierungspartner. Die größte Herausforderung bei der Planung und Führung von Einsätzen ist die Koordination dieser Akteure. Um diese zu verbessern, entwarf die UN 2004 das Konzept der Integrierten Mission. Kern dieses Konzeptes ist ein Planungsprozess, der neben ➔ *DPKO* und ➔ *DFS* auch Vertreter von UN-Organisationen aus dem Bereich Humanitäre Hilfe und Entwicklung („UN Country Team“) einbindet. Durch eine gemeinsame strategische Vision und abgestimmte Einsatzziele für das jeweilige Einsatzland sollen vorhandene Ressourcen und Expertise gebündelt werden.

Ebenen und Säulen einer UN-Mission

27



Kapitel VI und VII der UN-Charta

Chapters VI and VII of the UN Charter

28

Alle Mitgliedstaaten der UN sind verpflichtet, Konflikte mit friedlichen Mitteln beizulegen. Kapitel VI (Artikel 33–38) erläutert Formen der friedlichen Streitbeilegung, ohne dem UN-Sicherheitsrat ein bindendes Weisungsrecht zuzuerkennen. Stellt der Sicherheitsrat jedoch einen Bruch des Weltfriedens fest, kann er nach Kapitel VII (Artikel 39–51) – für alle Mitgliedstaaten bindend – Zwangsmaßnahmen bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt beschließen. Diese militärischen Zwangsmaßnahmen stellen neben der Selbstverteidigung (Art. 51) die einzige völkerrechtlich legitime Form von Gewaltanwendung im internationalen System dar.

Traditionelle Peacekeeping-Einsätze (→ *Friedenseinsätze*) wurden zunächst als Maßnahmen nach Kapitel VI verstanden, Gewaltanwendung war nur zur Selbstverteidigung gestattet. Aufgrund negativer Erfahrungen, insbesondere in Somalia und auf dem



Balkan, ist der Sicherheitsrat jedoch dazu übergegangen, Friedenseinsätze mit robusten Mandaten nach Kapitel VII auszustatten (→ *Robuste Friedenseinsätze*).

Weiterführende Links und Literatur

UN-Charta (vollständige deutsche Online-Version)
www.unric.org/de/charta

Local Ownership

Local Ownership

30

Das Konzept „Local Ownership“ ist unter Begriffen wie „Hilfe zur Selbsthilfe“ oder „partizipative Entwicklung“ seit langem Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit. Im Bereich der → *Friedenseinsätze* wurde es mit der zunehmenden Übernahme von friedenskonsolidierenden Aufgaben seit den 1990er Jahren immer wichtiger. Local Ownership beschreibt sowohl den Prozess als auch das Ziel der graduellen Übernahme von Verantwortung durch lokale Akteure. Diese sind Grundvoraussetzung für die Nachhaltigkeit von → *Friedenskonsolidierung* und damit zentraler Bestandteil der → *Exitstrategie* eines Friedenseinsatzes.

Weiterführende Links und Literatur

ZIF/DSF-Report (2011): Ownership in Practice. Lessons from Liberia and Kosovo

Mediation und Mediationsunterstützung

Mediation and Mediation Support

31

Mediation wird definiert als „[...] ein freiwilliger Prozess, in dem eine Drittpartei zwei oder mehr Parteien mit ihrer Zustimmung dabei unterstützt, einen Konflikt zu verhindern, zu handhaben oder zu lösen, indem sie ihnen hilft, beidseitig akzeptable Vereinbarungen zu entwickeln.“ (UN Guidance for Effective Mediation 2012). Der Begriff „Mediation Support“ bezeichnet die professionelle (z. B. methodische, operative) Unterstützung von Mediatoren(teams) und mediativ gestalteten Vermittlungsprozessen.

Die UN-Hauptabteilung für Politische Angelegenheiten (→ *DPA*) verfügt über eine Mediation Support Unit (MSU), sowie ein UN Standby Team of Mediation Experts. Hinzu kommen weltweit diverse staatliche und nicht-staatliche Akteure, die in diesem Feld aktiv sind.

Weiterführende Links und Literatur

Website UN Peacemaker: www.peacemaker.un.org/

Peacekeeping-Partnerschaften

Peacekeeping Partnerships

32

In immer mehr Einsatzgebieten operieren gleich mehrere Friedenseinsätze unterschiedlicher Organisationen parallel. Effektive Peacekeeping Partnerships, also die Zusammenarbeit von Friedenseinsätzen unterschiedlicher Organisationen, die im selben Land operieren, wird damit immer wichtiger. Dabei können unterschiedliche Einsätze parallel verlaufen (parallele Missionen, z. B. EUTM und MINUSMA in Mali), sich ablösen („bridging operations“, z. B. EUFOR Tschad/RCA der EU und MINURCAT der UN in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik), oder sogar integriert sein (wie bspw. die EU- und OSZE- „Säulen“ innerhalb UNMIKs im Kosovo). Eine besondere Form sind dabei sogenannte Hybridmissionen, in denen mindestens zwei internationale oder regionale Organisationen unter einer gemeinsamen Führung im Einsatzgebiet



Ideale Struktur einer Hybridmission

33



zusammenarbeiten. Einziges aktuelles Beispiel ist die African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur (UNAMID). Ein Vorteil von integrierten oder Hybridmissionen besteht in der Kombination bspw. einer höheren lokalen Legitimität eines Partners mit den größeren Ressourcen des anderen. Allerdings stellen sie große Anforderungen an die Kooperationsfähigkeit und -willigkeit der beteiligten Akteure.

Petersberg-Aufgaben

Petersberg Tasks

34

Die Petersberg-Aufgaben wurden 1992 auf einem Gipfeltreffen der Westeuropäischen Union (WEU/ 2011 aufgelöst) beschlossen. Sie umfassen:

- humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze;
- friedenserhaltende Maßnahmen (→ *Friedenseinsätze/ Peacekeeping*);
- Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen (→ *Friedensdurchsetzung*).

Die Petersberg-Aufgaben wurden mit Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam (Mai 1999) von der EU übernommen und bilden heute einen festen Bestandteil der GSVP (→ *GSVP-Missionen*).

Prinzipien der UN-Friedenseinsätze

UN Peacekeeping Principles

35

Konsens, Unparteilichkeit und Nichtanwendung von Gewalt sind bis heute die konzeptionellen Grundpfeiler des Peacekeeping. Mit dem Wandel der *Friedenseinsätze* hat sich jedoch auch das Verständnis dieser Grundprinzipien verändert. Die Zustimmung aller Konfliktparteien und völliger Gewaltverzicht, außer zur Selbstverteidigung, erwiesen sich angesichts der Zunahme innerstaatlicher Konflikte mit einer Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichsten Interessen als nicht praktikabel. Neben der Unparteilichkeit gegenüber den Konfliktparteien gelten heute der Konsens der wesentlichen Konfliktparteien zur Entsendung des Einsatzes sowie die Nichtanwendung von Gewalt, außer zur Verteidigung der eigenen Person oder des Mandats (*Robuste Friedenseinsätze*), als Voraussetzung für einen Einsatz.

Weiterführende Links und Literatur

UN DPKO (2008): Capstone Doctrine – United Nations Peacekeeping Operations Principles and Guidelines

Polizei in Friedenseinsätzen

Police in Peace Operations

36

Internationale Polizeibeamte unterstützen im Rahmen von Friedenseinsätzen den (Wieder)Aufbau der Polizeikräfte des Einsatzlandes, insbesondere als Trainer und Berater. Die lokale Polizei soll damit in die Lage versetzt werden, die öffentliche Sicherheit unter Beachtung der Prinzipien der  *Rechtsstaatlichkeit* zu gewährleisten. Außer in Einsätzen mit  *exekutivem Mandat* nehmen internationale Polizisten am Einsatzort jedoch keine hoheitlichen Funktionen wie Ermittlungen nach Straftaten oder die Verhaftung von Verdächtigen wahr. Eine Sonderaufgabe erfüllen  *Gendarmerie/geschlossene Polizeieinheiten*.

Weiterführende Links und Literatur

UN DPKO/DFS (2014): Policy on United Nations Police in Peace-keeping Operations and Special Political Missions

Reform von Friedenseinsätzen

Peacekeeping Reform

37

2009 veröffentlichten das UN Department of Peacekeeping Operations (DPKO) und das Department of Field Support (DFS) (→ *DPKO/DFS*) das Reformpapier „A New Partnership Agenda – Charting a New Horizon for UN Peacekeeping“. Dieses fordert eine neue „globale Partnerschaft“ zwischen UN-Sekretariat, Mitgliedsstaaten und Sicherheitsrat, um die wachsende Kluft zwischen dem Bedarf an Friedenseinsätzen und den verfügbaren Ressourcen (→ *Überlastung der Friedenssicherung*) zu überwinden. Handlungsbedarf besteht bei der Vorbereitung und Führung von Friedenseinsätzen, bei der Umsetzung der Mandate und beim Ausbau der Kapazitäten. Hierfür wurde 2010 die Global Field Support Strategy zur besseren Mobilisierung von Personal und Material für Friedenseinsätze verabschiedet.

Weiterführende Links und Literatur

Center on International Cooperation (2009): Building on Brahimi
The New Horizon Initiative: Progress Report No. 1 & No. 2

Rechtsstaatlichkeit

Rule of Law (RoL)

Für die nachhaltige Stabilisierung von Post-Konfliktgesellschaften ist die Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien unverzichtbar. Programme zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit gehören deshalb zu den Kernaufgaben multidimensionaler Friedenseinsätze. Sie wenden sich an die lokale Justiz und Justizverwaltung, Polizei und das Strafvollzugssystem. Typische Maßnahmen sind die Schulung von Richtern, Staatsanwälten, Strafverteidigern, Polizisten und Justizvollzugsbeamten, die Beratung lokaler Politiker und Juristen zu Verfassungsfragen sowie der Aufbau unabhängiger Gerichte. Bei Missionen mit exekutivem Mandat können auch Aufgaben wie Rechtsprechung und -durchsetzung von internationalem Personal übernommen werden.

Weiterführende Links und Literatur

Guidance Note of the Secretary-General (2008): UN Approach to Rule of Law Assistance

United Nations Rule of Law: www.unrol.org



Robuste Friedenseinsätze

Robust Peacekeeping

40

Der Einsatz unbewaffneter Militärbeobachter oder leicht bewaffneter Truppen stößt an seine Grenzen, wenn lokale Gewaltakteure ein Interesse an der Fortsetzung des Konfliktes haben. Dies zeigten in den 1990er Jahren vor allem die Einsätze in Bosnien und Somalia. Der UN-Sicherheitsrat ging deshalb dazu über, Friedenseinsätze unter Verweis auf Kapitel VII der UN-Charta (→ *UN-Charta: Kapitel VI und VII*) ausdrücklich zur Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung seines Mandats gegen Störenfriede („spoiler“) zu ermächtigen. Im Gegensatz zur → *Friedensdurchsetzung* ist die Zustimmung der Hauptkonfliktparteien jedoch weiter eine Voraussetzung für ein solches „robustes“ Mandat (→ *Prinzipien der UN-Friedenseinsätze*). Die meisten UN-Friedenseinsätze der jüngeren Zeit wurden mit einem robusten Mandat ausgestattet. Eine besondere Neuerung des robusten Peacekeeping stellt die sogenannte Interventionsbrigade im Kongo dar (Force Intervention Brigade/FIB).

Aktuelle UN-Einsätze mit robustem Mandat – Auswahl

MONUSCO	Demokratische Republik Kongo (7/2010)
UNMIK	Kosovo (6/1999)
UNMIL	Liberia (9/2003)
UNOCI	Côte d'Ivoire (4/2004)
MINUSTAH	Haiti (6/2004)
UNAMID	Sudan/Darfur (10/2007)
UNISFA	Sudan/Abyei (6/2011)
UNMISS	Südsudan (7/2011)
MINUSMA	Mali (7/2013)

In Klammern ist der Beginn des jeweiligen Einsatzes (Monat/Jahr) angegeben.

Weiterführende Links und Literatur:

ZIF kompakt (2013): Novum im UN-Peacekeeping - Was steckt hinter der neuen Interventionsbrigade von MONUSCO im Kongo?

ZIF Conference Report (2014): Robustness, Cooperation with Local Forces and the UN Human Rights Due Diligence Policy (HRDDP).

Schutz der Zivilbevölkerung

Protection of Civilians (PoC)

42

Zivilisten werden in heutigen Konflikten zunehmend Opfer gezielter Gewalttaten. Als Reaktion auf diese Entwicklung erlaubte die UN erstmals 1999 den Missionen

UNAMSIL (Sierra Leone) und INTERFET (Osttimor) ausdrücklich die Anwendung von Gewalt zum Schutz bedrohter Zivilisten. Diese Erlaubnis ist seither Bestandteil fast aller Einsatzmandate. Im Gegensatz zu dem verwandten Konzept der ➡ *Schutzverantwortung* ist PoC jedoch keine völkerrechtliche Norm, sondern eine Querschnittsaufgabe für UN-Personal in Friedenseinsätzen.



Schutzverantwortung

Responsibility to Protect (RtoP oder R2P)

43

Das Konzept der Schutzverantwortung betont die Verantwortung der Nationalstaaten und ersatzweise der internationalen Gemeinschaft zur Verhütung und notfalls gewaltsamen Beendigung von ethnischen Säuberungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Völkermord. Diese sich entwickelnde völkerrechtliche Norm ist allerdings umstritten. Manche sehen in ihr eine Verletzung des Verbots der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von souveränen Nationalstaaten. Humanitäre Akteure dagegen befürchten den Verlust ihres Handlungsspielraums durch eine Vermischung von militärischen und humanitären Interventionen (siehe auch ➞ *Schutz der Zivilbevölkerung*).

Weiterführende Links und Literatur

Website der International Coalition for the Responsibility to Protect:
www.responsibilitytoprotect.org

ICISS Report (2001): The Responsibility to Protect

Sicherheitssektorreform

Security Sector Reform (SSR)

44



Ein effektiver und rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichteter Sicherheitssektor ist Voraussetzung für die nachhaltige ➡ *Friedenskonsolidierung* in Post-Konflikt-

gesellschaften. Der Sicherheitssektor umfasst je nach Definition das Militär, die Polizei und die Nachrichtendienste, aber auch Teile des Justizsektors wie etwa den Strafvollzug. SSR-Aktivitäten im Rahmen von UNEinsätzen konzentrieren sich insbesondere auf den Polizei- und Justizsektor: Sie reichen von der Beratung zu Gesetzesreformen über Trainings- und Weiterbildungsmaßnahmen bis zu technischer und finanzieller Unterstützung der lokalen Sicherheitskräfte.

Truppenstatut/Missionsstatut

Status of Forces/Mission Agreement (SOFA/SOMA)

45

Das Truppen- bzw. Missionsstatut regelt den rechtlichen Status von Truppen und zivilem Missionspersonal im Einsatzland.

Es wird zwischen der Regierung des Einsatzlandes und der entsendenden internationalen Organisation geschlossen. Zentraler Bestandteil des SOFA/

SOMA sind Vereinbarungen über die strafrechtliche Immunität des internationalen Personals. Weitere Regelungen betreffen die Bewegungsfreiheit, Steuer-, Zoll- und Immigrationsbestimmungen, die Zuteilung von Radiofrequenzen sowie die Erlaubnis zum Tragen von Uniform und Waffen.



Überlastung der Friedenssicherung

Peacekeeping Overstretch

46

Im Jahr 2000 waren etwa 20.000 UN-Peacekeeper im Einsatz, Anfang 2014 sind es rund 119.000. Im gleichen Zeitraum hat sich das Budget der UN für friedenssichernde Maßnahmen auf derzeit 7,8 Milliarden US-Dollar beinahe verfünffacht. Nach Meinung vieler Fachleute ist damit die Grenze der Leistungsfähigkeit von truppenstellenden Staaten (TCC), Geldgebern und administrativen Kapazitäten der UN erreicht. Zu den Ursachen dieser Entwicklung gehören die steigende Zahl von personalintensiven Einsätzen in Regionen mit schwacher Infrastruktur, die zunehmend komplexeren Aufgabenstellungen von Missionen, immer längere Einsatzzeiträume, die weltweite Finanzkrise sowie die stockende Reform der UN-Strukturen.

Vernetztes Handeln

Comprehensive Approach

Vernetztes Handeln im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement soll wirksam zu nachhaltigem Frieden und Sicherheit beitragen. Im Rahmen eines vernetzten Ansatzes (Comprehensive Approach) stimmen Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, zivile Friedenskräfte sowie uniformiertes Personal (Militär, Polizei) den Einsatz ihrer Ressourcen ressort- und institutionenübergreifend ab. Die erfolgreiche Umsetzung erfordert eine entsprechende kooperative Handlungskultur sowie Institutionen und Instrumente, die ein vernetztes Handeln befördern: national, international und vor Ort in Konfliktgebieten. Dabei geht es nicht um die maximale Integration aller Akteure, sondern um ihre optimale Zusammenarbeit.

Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ)

Civil-Military Cooperation (CIMIC)

Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) beschreibt die militärische Aufgabe, Wechselwirkungen militärischen und zivilen Handelns im Sinne des militärischen Auftrages zu harmonisieren. ZMZ der Bundeswehr im Ausland entspricht dabei dem in der NATO und der EU verwendeten Verständnis von CIMIC.

Die Bundeswehr wendete das ZMZ/CIMIC-Konzept erstmals bei den Einsätzen auf dem Balkan in den 1990er Jahren an. Seitdem sind ZMZ/CIMIC-Kräfte integraler Bestandteil von Einsatzzkontingenten. In militärischen Hauptquartieren und Stäben bieten ZMZ/CIMIC-Kräfte allen zivilen Akteuren eine Plattform für Information, Koordination und Kooperation. Zugleich beraten sie den militärischen Befehlshaber in allen Bereichen des zivilen Umfeldes eines Einsatzes.



AU	African Union	Afrikanische Union
CFSP	Common Foreign and Security Policy	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
CHG	Civilian Headline Goal	Konsolidiertes Ziviles Planziel
CIMIC	Civil-Military Cooperation	Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ)
CIVPOL	Civilian Police	Zivile Polizei
CMCoord	Civil-Military Coordination	Zivil-Militärische Koordination
CMO	Civil-Military Operation	Zivil-Militärischer Einsatz
CMS	Chief of Mission Support	Leiter des Bereichs Missionsunterstützung
COS	Chief of Staff	Stabschef der Mission
CPU	Civilian Police Unit	Zivile Polizeieinheit
CRT	Civilian Response Team	Ziviles Krisenreaktionsteam
CSDP	Common Security and Defence Policy	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)
DDR	Disarmament, Demobilization, and Reintegration	Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration
DFS	Department of Field Support	Hauptabteilung zur Unterstützung von Friedenseinsätzen
DMS	Director of Mission Support	Direktor des Bereichs Missionsunterstützung
DPKO	Department of Peacekeeping Operations	Hauptabteilung für Friedenssicherungseinsätze
DSG	Deputy Secretary-General	Stellvertretender Generalsekretär

DSRSG	Deputy Special Representative of the Secretary-General	Stellvertretender Sondereauftragter des Generalsekretärs
ECHO	European Commission's Humanitarian Aid Department	Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission
ECOWAS	Economic Community of West African States	Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten
ESDP	European Security and Defence Policy	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)
ESVP	European Security and Defence Policy (ESDP)	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	European Union	Europäische Union
EU SSR Guinea-Bissau	European Union Mission in Support of the Security Sector Reform in Guinea-Bissau	Mission der Europäischen Union zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors in der Republik Guinea-Bissau
EUBAM Libya	EU Border Assistance Mission in Libya	Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes in Libyen
EUBAM Rafah	European Union Border Assistance Mission at Rafah Crossing Point	Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah
EUCAP NESTOR	EU Mission on Regional Maritime Capacity Building	Mission der Europäischen Union für den regionalen Aufbau maritimer Kapazitäten
EUCAP Sahel Mali	EU Capacity Building Mission in Mali	Mission der Europäischen Union für den Aufbau von Kapazitäten in Mali
EUCAP Sahel Niger	EU Capacity Building Mission in Niger	Mission der Europäischen Union für den Aufbau von Kapazitäten in Niger

EUFOR Althea	European Forces in Bosnia and Herzegovina	Militärische Operation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina
EUFOR Tchad/ RCA	European Union Force Tchad/RCA	Militärische Operation der Europäischen Union im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik
EUFOR RCA	EU Military Operation in the Central African Republic	Militärische Operation der Europäischen Union in der Zentralafrikanischen Republik
EUJUST LEX	European Union Integrated Rule of Law Mission for Iraq	Integrierte Mission der Europäischen Union zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak
EULEX Kosovo	European Union Rule of Law Mission in Kosovo	Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo
EUMM Georgia	European Union Monitoring Mission in Georgia	Beobachtermission der Europäischen Union in Georgien
EUNAVFOR Somalia - Operation Atalanta	European Union Naval Operation Against Piracy	Marineoperation der Europäischen Union gegen Piraterie
EUPM	European Union Police Mission in Bosnia and Herzegovina	Polizeimission der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina
EUPOL Af- ghanistan	European Union Police Mission in Afghanistan	Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan
EUPOL COPPS	European Union Police Mission in the Palestinian Territories	Polizeimission der Europäischen Union in den Palästinensischen Gebieten
EUPOL RD Congo	European Union Police Mission for the Democratic Republic of the Congo	Polizeimission der Europäischen Union für die Demokratische Republik Kongo

EUSEC RD Congo	European Union Advisory and Assistance Mission for Security Reform in the Democratic Republic of the Congo	Beratungsmission der Europäischen Union zur Unterstützung der Sicherheitsreform in der Demokratischen Republik Kongo
EUTM Mali	EU Training Mission in Mali	Ausbildungsmission der Europäischen Union in Mali
EUTM Somalia	European Union Training Mission Somalia	Ausbildungsmission der Europäischen Union in Somalia
EZ	Development Cooperation	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation
FIB	Force Intervention Brigade	Interventionsbrigade
FPU	Formed Police Units	Geschlossene Polizeieinheiten
GASP	Common Foreign and Security Policy (CFSP)	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GSVP	Common Security and Defence Policy (CSDP)	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
HOM	Head of Mission	Missionsleiter
HOMC	Head of Military Component	Leiter der militärischen Komponente
HOPC	Head of Police Component	Leiter der polizeilichen Komponente
ICISS	International Commission on Intervention and State Sovereignty	Internationale Kommission zu Intervention und Staatssouveränität
IDP	Internally Displaced Person	Binnenflüchtling
IMF	International Monetary Fund	Internationaler Währungsfonds (IWF)

IMPP	Integrated Mission Planning Process	Integrierter Missionsplanungsprozess
IMTF	Integrated Mission Task Force	Integriertes Missionseinsatzkommando
INTERFET	International Force East Timor	Internationale Streitkräfte Osttimor
IOT	Integrated Operational Team	Integriertes Einsatzteam
IPBS	Integrated Peacebuilding Strategy	Integrierte Friedenskonsolidierungsstrategie
ISAF	International Security Assistance Force	Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe
ISS	Integrated Support Service	Integrierter Unterstützungsdienst
IWF	International Monetary Fund (IMF)	Internationaler Währungsfonds
JSR	Joint Special Representative	Gemeinsamer Sonderbeauftragter
MINURCAT	Mission des Nations Unies en République Centrafricaine et au Tchad	Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik und Tschad
MINUSMA	United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali	Multidimensionale und integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali
MINUSTAH	Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haïti	Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti
MONUSCO	Mission de l'Organisation des Nations unies pour la stabilisation en République démocratique du Congo	Mission der Vereinten Nationen für die Stabilisierung in der Demokratischen Republik Kongo

MOU	Memorandum of Understanding	Vereinbarung
MSU	Mediation Support Unit	Abteilung für Mediationsunterstützung
NATO	North Atlantic Treaty Organization	Nordatlantische Allianz/ Nordatlantikpakt-Organisation
NGO	Non-governmental Organization	Nicht-Regierungsorganisation (NRO)
NRO	Non-governmental Organization (NGO)	Nicht-Regierungsorganisation
OCHA	UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs	Amt für die Koordination humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights	Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte
OSCE	Organization for Security and Co-operation in Europe	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
OSZE	Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE)	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PBC	Peacebuilding Commission	Kommission für Friedenskonsolidierung
PCC	Police Contributing Countries	Polizeistellende Staaten
PKF	Peacekeeping Force	Friedenssicherungskräfte
PoC	Protection of Civilians	Schutz der Zivilbevölkerung

R2P aberauch: RtoP	Responsibility to Protect	Schutzverantwortung
RoE	Rules of Engagement	Einsatzregeln
RoL	Rule of Law	Rechtsstaatlichkeit
SOFA	Status of Force Agreement	Truppenstatut
SOMA	Status of Mission Agreement	Missionsstatut
SRSRG	Special Representative of the Secretary-General	Sonderbeauftragter des Generalsekretärs
SSR	Security Sector Reform	Sicherheitssektorreform
TCC	Troop Contributing Countries	Truppenstellende Staaten
UN	United Nations	Vereinte Nationen (VN)
UNAMA	United Nations Assistance Mission in Afghanistan	Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan
UNAMID	African Union/United Nations Hybrid Operation in Darfur	Hybridoperation der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur
UNAMSIL	United Nations Mission in Sierra Leone	Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNCT	United Nations Country Team	Landesteam der Vereinten Nationen
UNDP	United Nations Development Programme	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNEF	UN Emergency Force	Noteinsatztruppe der Vereinten Nationen
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen

UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNISFA	United Nations Interim Security Force for Abyei	Interims-Sicherheitstruppe der Vereinten Nationen für Abyei
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo	Interimsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo
UNMIL	United Nations Mission in Liberia	Mission der Vereinten Nationen in Liberia
UNMISS	United Nations Mission in the Republic of South Sudan	Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan
UNOCI	United Nations Operation in Côte d'Ivoire	Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire
UNTAES	United Nations Transitional Administration in Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium	Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Ostslawonien, die Baranja und Westsirmien
UNTAET	United Nations Transitional Administration in East Timor	Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen für Osttimor
USG	Under-Secretary-General	Untergeneralsekretär
VN	United Nations (UN)	Vereinte Nationen
WEU	Western European Union	Westeuropäische Union
WFP	World Food Programme	Welternährungsprogramm
WHO	World Health Organization	Weltgesundheitsorganisation
ZIF	Center for International Peace Operations	Zentrum für Internationale Friedenseinsätze
ZMZ	Civil-Military Cooperation (CIMIC)	Zivil-Militärische Zusammenarbeit

Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze bietet Dienstleistungen und Expertise rund um das Thema Friedenseinsätze „aus einer Hand“. Der integrierte Ansatz des ZIF, der Training, Human Resources und Analyse unter einem Dach vereint, ist weltweit als führendes Modell anerkannt.

Unsere Aufgabe ist es, zivile Kapazitäten zur Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung zu stärken.

Daher ist das Kernmandat des ZIF

- die Qualifizierung und
- Bereitstellung, Vermittlung und Betreuung von Zivilpersonal für internationale Friedens- sowie Wahlbeobachtungseinsätze, u.a. durch Aufbau und Pflege eines Expertenpools von deutschem Fachpersonal sowie
- die Erarbeitung von unabhängigen Analysen, Lessons Learned und konzeptionellen Beiträgen und Veranstaltungs-, Informations- und Beratungsangeboten zu den Themenfeldern Peacekeeping und Peacebuilding.

Dazu arbeitet das ZIF eng mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Verteidigung und internationalen Organisationen, insbesondere mit der UN, der EU und der OSZE zusammen.

Das ZIF ist eine gemeinnützige GmbH. Gesellschafter ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Auswärtige Amt. Im Aufsichtsrat sind Staatsminister oder Staatssekretäre des AA, BMVg, BMZ und BMI sowie Abgeordnete aller Fraktionen des Bundestages vertreten. Ein international besetzter Beirat unterstützt die Arbeit des ZIF.

Direktorin und Geschäftsführerin des Zentrums ist Dr. Almut Wieland-Karimi.

Sie vermissen einzelne Begriffe im Glossar? Dann senden Sie uns eine E-Mail mit Ihren Ideen oder Anregungen für zukünftige Neuauflagen des Glossars an glossar@zif-berlin.org oder schicken Sie uns einen Brief an unsere Berliner Adresse.

Zentrum für Internationale Friedenseinsätze gGmbH
Ludwigkirchplatz 3 – 4
10719 Berlin

Fon: +49 30 520 05 65 -0

Fax: +49 30 520 05 65 -90

Training: training@zif-berlin.org

Human Resources: hr@zif-berlin.org

Analyse: research@zif-berlin.org

www.zif-berlin.org

Bildnachweise

Titelseite: UN Photo/Olivier Chassot: Geschlossene Polizeieinheit der UNAMID patrouilliert nahe einer Klinik, 2009 – **S. 9:** Vereinfachte Darstellung des DPKO/DFS Organizational Chart – **S. 10:** UN Photo/Olivier Chassot: UNAMID-Soldaten aus Nepal, 2009 – **S. 12:** UN Photo/Tim McKulka: Start des DDR-Programms in der UN-Mission im Sudan, 2009 – **S. 13:** UN Photo: Aufklärungskampagne für das liberianische DDR-Programm, UNMIL, 2003 – **S. 15:** UN Photo/Marie Frechon: UN Helicopter Prepares to Land, 2008 – **S. 17:** NATO/Lance Cpl. Tommy Bellegarde, Afghanistan 2010* – **S. 22:** UN Photo/Martine Perret: Pakistani FPU Assist in Timorese Police Exercises/UN DPKO Police Division, 2009 – **S. 23:** ZIF, 2014; Quelle: DPKO: Office of Rule of Law and Security Institutions – **S. 27:** ZIF, 2010; basierend auf: UN DPKO: Capstone Doctrine - UN Peacekeeping Operations Principles and Guidelines, 2008, S. 67 – **S. 29:** UN Photo/Paulo Filgueiras: Security Council Meets on Bosnia and Herzegovina, 2009 – **S. 32:** UN Photo/Albany Associates: UNAMID Force Commander Meets SLA Commanders, 2008 – **S. 33:** ZIF, 2010 – **S. 39:** ZIF/Tobias Pietz: Truth and Reconciliation Commission in Liberia, 2009 – **S. 42:** UN Photo/Marco Dormino: MINUSTAH Military Personnel Assists Hurricane Victims, 2008 – **S. 44:** UN Photo/Martine Perret: Timorese Police in Protest Exercise, 2009 – **S. 45:** UN Photo/Isaac Billy: Contingent of Nepalese Peacekeepers Arrives in Juba from Haiti, 2014 – **S. 49:** UN Photo/Logan Abassi: Road Construction by Chilean and Brazilian Peacekeepers, 2009 – **Rückseite:** UN Photo/Martine Perret: ONUB – Demobilization of Burundian Military, 2004

*Lizenzbedingungen: <http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de>

Impressum

Texte: ZIF

Gestaltung: www.finedesign.de

© 2014 ZIF, Berlin

2. Auflage

Your Gateway to Peace Operations



**Zentrum für Internationale
Friedenseinsätze (ZIF)**

Ludwigkirchplatz 3 – 4
10719 Berlin

Fon: +49 30 52 00 565-0

Fax: +49 30 52 00 565-90

www.zif-berlin.org